



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

preußisch-französischer Bündnisplan

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

die Bismarck ihm zuteil werden ließ, besann Napoleon, wieder genesen, sich rasch, entließ den gefährlichen Minister, der ihn so schwer bloßgestellt hatte, und warf das Steuer seiner Politik in einem Anfall von Entschlossenheit herum, wie man sie schon lange nicht mehr an ihm bemerkt hatte. Endlich raffte er sich auf zu einem Anlauf, seine eigene Politik zu machen. Den Gedanken, die kommende preußisch-deutsche Einheit zu hindern, gab er auf, wollte die Tatsachen anerkennen und Nutzen aus ihnen ziehen; sein Ziel war jetzt nichts Geringeres als das Bündnis mit Preußen-Deutschland.

Mit großer Schnelligkeit wurde die Wendung vollzogen. Am 5. August hatte Benedetti die französische Forderung in Berlin überreicht, am 9. war er mit der abschlägigen Antwort nach Paris abgereist, am 11. erklärte Napoleon dem Grafen Goltz gegenüber alles für ein Mißverständnis, und schon am 13. erschien auf Befehl des Kaisers ein offiziöser Zeitungsartikel, der in dem Satz gipfelte: „Frankreichs wahres Interesse ist nicht, irgendwelchen unbedeutenden Gebietszuwachs zu erlangen, sondern Deutschland zu unterstützen, wenn es sich die Verfassung gibt, die für seine eigenen wie für die französischen Interessen die günstigste ist.“

Am Abend des 7. August, während die Lage am gespanntesten schien, hatte Bismarck einen französischen Journalisten, der ihn besorgt nach Krieg oder Frieden fragte, mit den Worten entlassen: „Freundschaft, dauernde Freundschaft mit Frankreich! Ich habe die feste Hoffnung, daß Frankreich und Preußen in Zukunft den Zweibund von Intelligenz und Fortschritt bilden werden!“ Wenn das in jenem Moment vielleicht als beißende Ironie gemeint war, so schien es zu einer Prophezeiung wider Willen werden zu sollen. Tatsächlich sind die beiden Staaten einer wirklichen und dauernden Verständigung, ja einem festen Bündnis niemals so nahe gewesen wie in den sechs Monaten, die auf das Ende des Deutschen Krieges folgten.

Daß Napoleon das deutsche Bündnis suchte, ist verständlich. Es war das einzige, das ihm für den Augenblick übrigblieb, das einzige, das ihm noch zu dem verhelfen konnte,

was er so dringend brauchte: zu einem sichtbaren Erfolg, der die erlittene Niederlage vergessen ließ. Erfolg aber bedeutete nun einmal für ihn soviel wie Gebietserwerb. Wenn am deutschen Rhein nichts mehr zu bekommen war, so gab es eine Stelle, an der man sich entschädigen konnte: Belgien. Daß Bismarck dagegen nichts einwenden würde — hatte er es doch wiederholt selbst empfohlen —, wußte man. Nun fand der Kaiser in einem merkwürdig verzwickten Gedankengang sogar, der Erwerb von Belgien würde den Preußen als überzeugender Beweis dafür dienen, daß die rheinischen Pläne endgültig aufgegeben seien, er würde also die beste Grundlage der Verständigung bilden.

Wieder ging es im Eiltempo voran. Am 16. August wurde die Weisung an Benedetti erlassen, am 23. hatte dieser den Vertrag fertig, am 28. übergab er ihn Bismarck. Der Text war dem Gesandten zwar nicht von Bismarck „in die Feder diktiert“, wie Benedetti später behauptet hat, aber er war der Niederschlag mündlicher Besprechungen und Bismarck insofern an seiner Entstehung beteiligt. Er besagte: Frankreich und Preußen schließen ein Bündnis zu Verteidigung und Angriff gegen jedermann und verbürgen einander ihren Besitzstand; Preußen wird Frankreich den Erwerb von Luxemburg erleichtern und es bei der Besitznahme von Belgien mit seiner ganzen bewaffneten Macht unterstützen; Frankreich wird gegen den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund nichts einwenden. Über dieses Bündnis hat man von Ende August bis in den März des folgenden Jahres verhandelt.

Auf französischer Seite hatte es eifrige Befürworter an den Ministern Rouher und La Valette und an Benedetti, der damit sein diplomatisches Meisterstück zu liefern wünschte. Besonders nachdrücklich sprach Rouher sich aus, der eigentliche Vertrauensmann des Kaisers: Preußen und Frankreich, die beiden zivilisiertesten Nationen, sollten zusammen Europa leiten; Preußen sei berufen, die Lücke auszufüllen, die England habe entstehen lassen, indem es sich von den festländischen Angelegenheiten zurückzog. Auch Moustier, der

Haller, Tausend Jahre . . . 10

etwas später das auswärtige Ministerium übernahm, bekannte, seit dreizehn Jahren ein überzeugter Anhänger der Verbindung mit Preußen zu sein. Er nannte die Allianz mit Österreich oder Süddeutschland eine „unechte“ (*alliance bâtarde*), die mit Preußen die „natürliche“ und fand, sie sei im Sinne Richelieus: an die Stelle, die damals Schweden eingenommen habe, träten jetzt Preußen und Norddeutschland. Auch außerhalb der Regierung gab es eine deutschfreundliche Strömung. Die *Revue des deux Mondes*, das vornehme Organ der gebildeten Kreise, blieb auch jetzt ihrer alten Richtung getreu. Mit ihrer liberalen Haltung war sie nicht verdächtig, Organ der Regierung zu sein, aber jetzt unterstützte sie des Kaisers Gedanken. Am 15. August brachte sie einen längeren Aufsatz, der das Streben nach territorialen Kompensationen tadelte und eine Politik empfahl, die es verstände, sich mit den neuen Kräften zu verbinden. Preußen, durch Frankreich zu gefährlicher Macht erhoben, sei zugleich durch seine moderne Richtung und Kraft Frankreich am meisten verwandt. Die guten Beziehungen mit ihm dürfte man nicht aus kleinlicher Eifersucht und eitlem Ehrgeiz aufs Spiel setzen, um die Ostgrenze mit ein paar Fetzen Landes auszuflicken.

Auf preußischer Seite war es hauptsächlich der Gesandte Graf Goltz, der mit warmem Eifer für das französische Bündnis kämpfte. Scharfsinnig und beredt führte er aus, daß die beiden Staaten, durch ihr Interesse aufeinander angewiesen, vereint unwiderstehlich, Europa beherrschen würden. Die deutsche Einheit könnte dann sofort und ohne jedes Hindernis vollendet werden, jede Opposition wäre tot. Auch von Bismarck hören wir bei dieser Gelegenheit das Bekenntnis: „Ich habe diese Allianz von Anfang meiner Geschäftsführung an als den natürlichen Ausdruck der dauernden Übereinstimmung der Interessen beider Länder angesehen und behandelt.“ Als die Verhandlungen bereits am Scheitern waren, hat er seiner Überzeugung noch einmal mit stärkstem Nachdruck Worte geliehen. „Wir sind“, schreibt er am 15. Februar 1867, „die einzige Macht in Europa, welche durch wirkliche solide

Interessen an die Dynastie des Kaisers geknüpft ist. Unsere Interessen gebieten uns ebenso sehr, wie unsere Macht und unsere geographische Lage uns dazu instand setzt, der Napoleonischen Dynastie jede Garantie der Dauer zu verschaffen, die in menschlicher Macht steht, und Frankreich vor Koalitionskriegen zu bewahren.“

Bismarck ist auch nicht etwa zum Schein auf das belgische Projekt eingegangen, noch viel weniger hat er damit Napoleon eine Falle stellen wollen. Oft hat er sich darüber ausgesprochen, am deutlichsten in einem Erlaß an den Botschafter in Paris, mit dem er dem französischen Bündnisantrag zuvorkam. Am 8. August schrieb er: „Über kurz oder lang werden die Verhältnisse in Belgien doch in Fluß kommen, ja, es hängt von dem Kaiser selbst sehr wesentlich ab, sie in Fluß zu bringen. Es ist also keineswegs bloß ein Wechsel auf die Zukunft, wie Herr Drouyn de l'Huys sich einst gegen mich ausdrückte, was wir Frankreich bieten, wenn wir uns mit einem Erwerb nach dieser Seite hin einverstanden erklären. Ich halte Belgien auf die Dauer nicht für lebensfähig, und auch einen Machtzuwachs Frankreichs durch das französische Belgien können wir vertragen, weil er unsere Stellung in Deutschland nicht berührt.“

In Berlin kennen wir nur einen Gegner des Bündnisprojektes; das war der König. Über das französische Bündnis im allgemeinen hat Wilhelm I. sich nie geäußert, aber das Projekt, das ihm jetzt vorgelegt wurde, gefiel ihm nicht. Er fürchtete, die Sympathien Deutschlands zu verlieren, wenn bekannt würde, daß er „eine französische Allianz zur Vernichtung Belgiens geschlossen habe, um dadurch Herrscher in Deutschland zu werden“. Ob Belgien wirklich bestimmt sei, in Frankreich aufzugehen, könne man abwarten, und notwendig sei das französische Bündnis nicht. Zunächst verstand er sich nur zu einer entgegenkommenden Erklärung: er war bereit, wenn Napoleon die Einigung von ganz Deutschland nicht störte, seinerseits „einer Machterweiterung Frankreichs auf dem Boden der französischen Nationalität kein Hindernis entgegenzusetzen“, auch bereit, wenn die beiden Mächte bei

der Verfolgung ihres natürlichen Entwicklungsganges auf Hindernisse und Gefahren stoßen sollten, sich mit Frankreich „zu gemeinschaftlicher Abwehr“ zu verständigen. Das besagte: die Entente wäre genehm, das formelle Bündnis bliebe vorbehalten. Bismarck gab die Hoffnung nicht auf, den König auch für das Bündnis zu gewinnen. Er brauche Zeit dafür, schrieb er an Goltz; dränge man jetzt auf Entscheidung, so würde das gewonnene Terrain verloren gehen.

In Paris aber hatte man Eile und suchte den Abschluß zu beschleunigen. Daß Bismarck erkrankte und bis Ende Dezember den Geschäften fernbleiben mußte, wurde als peinliche Verzögerung empfunden. Als er wieder erschien, begann sofort das Drängen der Franzosen. Es nützte nichts, daß er vorstellte, Preußen könne und wolle Frankreich nur den gleichen Dienst erweisen, den es kürzlich im Kriege gegen Österreich erfahren habe: wohlwollende Neutralität. Wie er damals auf bindende Abmachungen im Vertrauen auf die Gesinnung des Kaisers verzichtet habe, so verlange er jetzt vom Kaiser das gleiche Vertrauen. Er fand, wohlwollende Neutralität und gegenseitiger Verzicht auf feindliche Verbindungen müsse genügen, denn Frankreich habe keine Koalition zu fürchten, an der Preußen nicht beteiligt sei. In Paris dachte man anders, man wollte etwas Greifbares und richtete das Augenmerk zunächst auf Luxemburg. War der Wert des Landes gering, auch die Festung nicht entfernt mehr von der Bedeutung, die sie einst gehabt, so sollte dieser Erwerb doch wenigstens für den Augenblick die aufgeregte öffentliche Meinung beruhigen und zugleich als Unterpfand künftiger größerer Erfolge dienen. Luxemburg war, wie Graf Goltz sich ausdrückte, „der Prolog für die belgische Frage“ oder, wie Keudell sagt, „die Etappe auf dem Wege nach Belgien“.

Das Großherzogtum, bisher Glied des Deutschen Bundes und seit dessen Auflösung unabhängig, wurde vom König von Holland in Personalunion regiert. Seine Besitznahme wäre also eine Sache gewesen, die zwischen Frankreich und dem König-Großherzog abgemacht werden konnte, hätte nicht von früher her eine preußische Besatzung in der Festung gelegen,